

Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung und Entgeltumwandlung

zwischen

dem Bundesverband Praktizierender Tierärzte e.V., Hahnstr. 70,
60528 Frankfurt am Main

und

dem Verband medizinischer Fachberufe e. V., Gesundheitscampus-Süd 33,
44801 Bochum

wird folgender Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung und Entgeltumwandlung abgeschlossen:

Präambel

Durch diesen Tarifvertrag wollen die Tarifvertragsparteien einen Beitrag zur Zukunftssicherung von Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierarzthelferinnen¹ im Alter leisten, indem sie die Möglichkeit zum Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersversorgung schaffen.

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Dieser Tarifvertrag gilt für Tiermedizinische Fachangestellte/Tierarzthelferinnen, die im Bundesgebiet in den Praxen und Kliniken niedergelassener Tierärzte tätig sind.
- (2) Tiermedizinische Fachangestellte/Tierarzthelferinnen im Sinne dieses Tarifvertrages sind die Angestellten, deren Tätigkeit dem Berufsbild der Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierarzthelferin entspricht und die die entsprechende Prüfung vor der Tierärztekammer bestanden haben.

Veterinäringenieure sind Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierarzthelferinnen im Sinne dieses Tarifvertrages gleichgestellt, sofern sie eine Tätigkeit als Tiermedizinische Fachangestellte/Tierarzthelferin ausüben.

- (3) Dieser Tarifvertrag gilt entsprechend auch für Auszubildende.

¹ Nachfolgend wird durchgängig die weibliche Berufsbezeichnung verwendet.

§ 2 Anwendungsbereich

Dieser Tarifvertrag bestimmt unmittelbar und zwingend den Inhalt aller Arbeitsverträge zwischen einem Mitglied des Bundesverbandes Praktizierender Tierärzte e.V. und einem Mitglied des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.

§ 3 Tarifliche Anschubfinanzierung

- (1) Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierarzthelferin erhält zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgungsleistung nach § 1 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) von ihrem Arbeitgeber eine Anschubfinanzierung gemäß folgender Staffelung:
 - a) Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen erhalten 55 € monatlich.
 - b) Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen mit einer vereinbarten Wochenarbeitszeit von 20 Stunden und mehr erhalten 55 € monatlich.
 - c) Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen mit einer vereinbarten Wochenarbeitszeit von weniger als 20 Stunden erhalten 32,50 € monatlich.
 - d) Auszubildende erhalten nach der Probezeit 55 € monatlich.
- (2) Der Anspruch besteht für jeden Kalendermonat, in dem die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierarzthelferin Anspruch auf Entgelt hat.

Als Zeiten mit Entgeltanspruch gelten insbesondere:

 - a) Zeiten für die der Arbeitnehmerin Anspruch auf Fortzahlung des Entgeltes zusteht (z.B. Urlaub, entschädigungspflichtige Arbeitsverhinderung).
 - b) Zeiten der Arbeitsunfähigkeit aufgrund Erkrankung bis zu 6 Wochen je Krankheitsfall, einschließlich möglicher Folgeerkrankungen.
 - c) Zeiten der Arbeitsunfähigkeit infolge von Arbeitsunfällen.
 - d) Zeiten des Bezugs von Mutterschaftsgeld.
- (3) Zu den Zeiten ohne Anspruch auf Arbeitsentgelt zählen insbesondere Zeiten der Elternzeit, sofern keine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird.
- (4) Beginnt oder endet das Beschäftigungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats, so besteht für diesen Monat ein Anspruch auf die Anschubfinanzierung, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens 15 Kalendertage besteht.

Die Anschubfinanzierung ist in diesem Fall in voller Höhe von dem Arbeitgeber zu entrichten.
- (5) Beginnt oder endet die Elternzeit im Laufe eines Kalendermonats, so besteht für diesen Monat ein Anspruch auf die Anschubfinanzierung, wenn für mindestens 15 Kalendertage ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld oder Entgelt besteht.
- (6) Bei Wechsel des vereinbarten wöchentlichen Stundenumfanges im laufenden Kalendermonat ist für diesen Monat, soweit der Stundenwechsel sich auf die Höhe des Altersvorsorgebeitrages gem. Abs. 1 auswirkt, der höhere Beitrag von dem Arbeitgeber zu entrichten.

- (7) Bisher bestehende und vom Arbeitgeber freiwillig gezahlte Arbeitgeberbeiträge, die für den Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge verwendet werden, dürfen auf die unter Ziffer 1 geregelte Anschubfinanzierung nicht angerechnet werden.
- (8) Falls eine bestehende Entgeltumwandlung einer Arbeitnehmerin bereits den Förderungshöchstbetrag nach § 3 Nr. 63 EStG ausschöpft, ist diese Entgeltumwandlung auf Wunsch der Arbeitnehmerin so zu reduzieren, dass die Anschubfinanzierung von dieser Arbeitnehmerin steuerfrei genutzt werden kann.
- (9) Eine unmittelbare Auszahlung des Arbeitgeberbeitrages zur betrieblichen Altersversorgung an die Arbeitnehmerinnen ist grundsätzlich nicht zulässig.

Eine Auszahlung des Arbeitgeberbeitrages mit dem Gehalt ist auf Wunsch der Arbeitnehmerin möglich, sofern sie am 01.04.2009 bei In-Kraft-Treten des Tarifvertrages zur betrieblichen Altersversorgung und Entgeltumwandlung vom 14.08.2008 das 50. Lebensjahr vollendet hatte.

Satz 1 gilt nicht, wenn es sich um aufgelaufene Arbeitgeberbeiträge für den Zeitraum zwischen In-Kraft-Treten des Tarifvertrages zum 01.04.2009 bzw. dem Beginn des Arbeitsverhältnisses und dem Beginn der laufenden Beitragszahlung für eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung gemäß diesem Tarifvertrag handelt. Die vor Abschluss des Versicherungsvertrages entstandenen Ansprüche auf die monatliche Anschubfinanzierung sind, soweit möglich, in Form der Einmalzahlung in den Altersversorgungsvertrag einzuzahlen. Ist dies nicht möglich, ist der Nachzahlungsbetrag als Bruttobetrag mit dem Gehalt auszus zahlen.

- (10) Der Anspruch ist unabdingbar und kann weder abgetreten noch beliehen oder verpfändet werden.
- (11) Die Anschubfinanzierung zur betrieblichen Altersvorsorge kann nicht für die staatlich geförderte Altersvorsorge gem. §§ 10 a, 79 ff. EStG (sog. „Riester-Rente“) verwendet werden.

§ 4

Entstehen der Anschubfinanzierung

aufgehoben

§ 5

Fälligkeit der Anschubfinanzierung

Die monatliche Arbeitgeberanschubfinanzierung ist mit dem Gehalt fällig.

§ 6

Anspruch auf Entgeltumwandlung

Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferinnen haben im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen einen Anspruch auf Umwandlung künftiger tariflicher Entgeltbestandteile zugunsten einer Versorgungszusage zum Zwecke der Altersvorsorge. Der Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierärzthelferin steht es frei, diesen Anspruch geltend zu machen.

§ 7 Höhe der Entgeltumwandlung

- (1) Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin kann verlangen, dass von ihren künftigen Entgeltansprüchen bis zu 4 % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten für betriebliche Altersversorgung verwendet werden. Bemessungsgrenze ist einheitlich für das gesamte Bundesgebiet die Beitragsbemessungsgrenze West. Bei dieser Entgeltumwandlung darf 1/160 der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch² nicht unterschritten werden.
- (2) Die Einzelheiten werden zwischen Arbeitgeber und Tiermedizinischer Fachangestellter/Tierärzthelferin auf der Grundlage dieses Tarifvertrages schriftlich vereinbart (Entgeltumwandlungsvereinbarung).
- (3) Macht die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin von der Möglichkeit der Entgeltumwandlung Gebrauch, erhält sie einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 20 % des ungewandelten Betrages.
- (4) Die Entgeltumwandlung kann nicht für die staatlich geförderte Altersvorsorge gemäß §§ 10 a, 79 ff EStG (sog. Riester-Rente) verwendet werden.

§ 8 Umwandelbare Entgeltbestandteile

- (1) Bereits fällige Entgeltansprüche können nicht umgewandelt werden.
- (2) Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin kann verlangen, dass ihre künftigen Ansprüche auf
 - a) die Weihnachtsgeldzahlung/das Urlaubsgeld im Sinne des Manteltarifvertrages für Tierärzthelferinnen/Tierärzthelfer;
 - b) die vermögenswirksamen Leistungen im Sinne des Manteltarifvertrages für Tierärzthelferinnen/Tierärzthelfer;
 - c) sonstige Entgeltbestandteile

vollständig oder teilweise in eine Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung umgewandelt werden.

§ 9 Verfahren bei Entgeltumwandlung

- (1) Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin muss den Anspruch auf Entgeltumwandlung spätestens 4 Wochen vor dem 1. des Monats, zu dem die Entgeltumwandlungsvereinbarung zum Zwecke der betrieblichen Altersversorgung in Kraft treten soll, schriftlich geltend machen.
- (2) Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin ist an die jeweilige Entscheidung, tarifliche Entgeltbestandteile umzuwandeln, für das laufende Ka-

² zzt. für 2020 238,88 €/ Jahr

lenderjahr gebunden, es sei denn, die persönlichen Lebens- oder Einkommensverhältnisse ändern sich wesentlich.

- (3) Für die Berechnung anderer gehaltsabhängiger Leistungen oder Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis bleiben die Entgelte maßgeblich, die sich ohne Entgeltumwandlung ergeben würden.
- (4) Einzelheiten zum Verfahren sind in der Entgeltumwandlungsvereinbarung zu regeln.

§ 10 Durchführungsweg

- (1) Der Arbeitgeber bietet der Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierärzthelferin die Durchführung der betrieblichen Altersvorsorge (Anschubfinanzierung sowie Entgeltumwandlung und Arbeitgeberzuschuss) durch eine Pensionskasse oder Direktversicherung in der Form einer Aktiengesellschaft an.
- (2) Trifft der Arbeitgeber nicht innerhalb von 4 Wochen nach Antragstellung auf Entgeltumwandlung durch die Arbeitnehmerin bzw. nach Entstehen auf Anspruch auf Anschubfinanzierung eine Entscheidung, hat sie einen Anspruch auf Durchführung der betrieblichen Altersvorsorge in Form einer Direktversicherung oder Pensionskasse nach ihrer Wahl. Unbeschadet davon ist die Arbeitnehmerin gemäß § 17 über die Grundzüge der angebotenen betrieblichen Altersversorgung zu informieren.

§ 11 Versorgungsleistungen

- (1) Die angebotene betriebliche Altersversorgung des Arbeitgebers muss mindestens eine lebenslange Altersrente oder einen Auszahlungsplan mit anschließender Altersrente umfassen.
Einzelheiten der Versorgungsleistung (einschließlich ggf. zusätzlicher Versorgungsarten) werden in den Geschäftsplänen, Versicherungsbedingungen und Leistungsbeschreibungen der Pensionskasse oder Direktversicherung, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mitgeteilt werden, festgelegt.
- (2) Überschussanteile sind entsprechend den Geschäftsplänen, Versicherungsbedingungen und Leistungsbeschreibungen der Pensionskasse oder Direktversicherung, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mitgeteilt werden, grundsätzlich zur Verbesserung der Versorgungsleistung zu verwenden.

§ 12 Sofortige Unverfallbarkeit

Die Anwartschaften auf die Versicherungsleistungen aus Entgeltumwandlung und Arbeitgeberzuschuss sowie aus Anschubfinanzierung sind ab Vertragsbeginn unverfallbar. Die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin ist auf die Versicherungsleistungen für den Erlebens- und Todesfall ab Vertragsbeginn unwiderruflich bezugsberechtigt.

§ 13 Insolvenzversicherung

Die Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersvorsorge nach den vorstehenden Regelungen richtet sich nach den hierzu geltenden Regelungen gemäß § 7 BetrAVG.

§ 14 Fortführung und Übertragung der Versorgungsanwartschaft

- (1) Mit dem Versorgungsträger der betrieblichen Altersvorsorge ist zu vereinbaren, dass bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeitnehmerin das Recht zur Fortführung der Versicherung mit eigenen Beiträgen hat.
- (2) Bei Einstellung einer Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierärzthelferin, die bereits über eine Versorgungsanwartschaft in einem versicherungsförmigen Durchführungsweg (Pensionskasse oder Direktversicherung) nach dem BetrAVG verfügt, ist der Arbeitgeber verpflichtet, auf deren Verlangen die betriebliche Altersvorsorge in dem gewählten Durchführungsweg fortzuführen.
- (3) Sofern der neue Arbeitgeber die Versorgungsanwartschaft übernimmt, sind der Arbeitnehmerin entsprechend § 12 Unverfallbarkeit sowie ein unwiderrufliches Bezugsrecht einzuräumen.

§ 15 Anrechnung

Durch die im Rahmen dieses Tarifvertrages gewährten Versorgungsleistungen werden bestehende weitere Anwartschaften oder Ansprüche auf Leistung der betrieblichen Altersvorsorge nicht nachteilig berührt.

§ 16 Steuern und Sozialabgaben

- (1) Soweit im Zusammenhang mit der Beitragszahlung zur betrieblichen Altersvorsorge Steuern und/oder gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge fällig werden, werden diese entsprechend den gesetzlichen Regelungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmerin getragen.
- (2) Bei einer pauschalen Versteuerung von Beiträgen nach § 40 b EStG, ist die Pauschalsteuer im Innenverhältnis zum Arbeitgeber von der Arbeitnehmerin zu tragen.

§ 17 Informationspflichten

Der Arbeitgeber informiert die Tiermedizinische Fachangestellte/Tierärzthelferin über die Grundzüge der nach § 9 vereinbarten betrieblichen Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung und Arbeitgeberzuschuss sowie Anschubfinanzierung. Der Arbeitgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen der Pensionskasse bzw. Versicherung, insbesondere Auskünfte über die gezahlten Beiträge, den Stand der Anwartschaft sowie die zu erwartenden Leistungen der Tiermedizinischen Fachangestellten/Tierärzthelferin unverzüglich zugeleitet werden.

§ 18 **Ausschlussfristen**

Abweichend von § 19 Manteltarifvertrag sind Ansprüche aus diesem Tarifvertrag innerhalb einer Frist von 36 Monaten nach Fälligkeit schriftlich geltend zu machen.

§ 19 **Inkrafttreten und Laufzeit**

- (1) Dieser Tarifvertrag tritt am 01.01.2020 in Kraft. Unabhängig vom Gehaltstarifvertrag kann er mit einer Frist von 3 Monaten jeweils zum 31.12. eines jeden Jahres, erstmals zum 31.12.2022, gekündigt werden. Bis zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages gelten die Bestimmungen des gekündigten Tarifvertrages weiter, soweit zwischen den Tarifvertragsparteien nichts anderes vereinbart wird.
- (2) Sofern durch gesetzliche Regelungen im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, des BetrAVG oder anderer Vorschriften eine Änderung des Tarifvertrages zu den Regelungen zur Entgeltumwandlung und betrieblichen Anschubfinanzierung notwendig wird, werden die Tarifvertragsparteien hierzu in Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben weiterhin zu ermöglichen.
- (3) Bei In-Kraft-Treten dieses Tarifvertrages bestehende Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen zur Entgeltumwandlung sowie zur betrieblichen Altersversorgung sowie Anwartschaften aus solchen bleiben durch diesen Tarifvertrag unberührt und gelten unverändert weiter, können jedoch im gegenseitigen Einvernehmen umgewandelt werden.

Protokollnotiz

Die Umsetzbarkeit des Tarifvertrages zur betrieblichen Altersversorgung und Entgeltumwandlung ist in Bezug auf die Höhe der monatlichen Anschubfinanzierung mit der „Vorsorgeeinrichtung für Gesundheitsberufe“ (Gesundheits*Rente*) abgestimmt.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Herzlich willkommen im Verband medizinischer Fachberufe e.V.!
Bitte senden Sie Ihre Beitrittserklärung an den



Verband medizinischer
Fachberufe e.V.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Postfach 10 26 80

44726 Bochum

oder per

Fax an (02 34) 777 28-200

E-Mail an info@vmf-online.de

(Ihr Beitritt ist auch unter

www.vmf-online.de möglich.)

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verband medizinischer Fachberufe e.V. Die jeweils gültige Satzung erkenne ich an. Ich bin nicht Mitglied einer anderen konkurrierenden Organisation.

Name _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ / Ort _____

Telefon (privat) _____ Geburtsdatum _____

E-Mail (privat) _____

Ich arbeite im Bereich Human- Veterinär- Dentalmedizin Zahntechnik

Ich bin weiterqualifiziert zur bzw. zum: _____

Mein Monatsbeitrag richtet sich nach der Höhe meines Einkommens.¹ Ein entsprechender Nachweis ist der Beitrittserklärung beigelegt bzw. wird von mir direkt nachgereicht.² Auszubildende zahlen grundsätzlich den niedrigsten Beitragssatz von aktuell 5,00 EUR monatlich.

Ich bin in der Ausbildung, sie endet im (Monat/Jahr): _____

Als neues Mitglied erhalten Sie von uns ein Begrüßungspaket mit vielen wichtigen Informationen über den Verband. Ihre Mitgliedschaft beginnt an dem Tag, an dem Ihre Beitrittserklärung in der Geschäftsstelle eingegangen ist. Ab diesem Zeitpunkt können Sie die satzungsgemäßen Leistungen in Anspruch nehmen bzw. Ihren Beitritt innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen, solange Sie noch keine Leistungen in Anspruch genommen haben. Der Mitgliedsbeitrag wird jeweils für den laufenden Monat – erstmals für den Monat des Beitritts – fällig. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende eines Kalenderhalbjahres. Bitte beachten Sie unsere Hinweise zum Datenschutz auf www.vmf-online.de. (Stand 3/2023)

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____ (T)

Bitte beachten Sie unsere Mitgliederwerbemaßnahmen – auch speziell für Auszubildende – auf unserer Website www.vmf-online.de!

¹ Die Höhe des regulären Mitgliedsbeitrages beträgt 16,00 €. Reduzierungen sind möglich. Sie richten sich nach den monatlichen Bruttoeinnahmen des Mitglieds. Die Beitragsstufen A bis D ermöglichen folgende Reduzierungen:

A) auf 5,00 € bei Bruttoeinnahmen bis 699,99 €

B) auf 9,00 € bei Bruttoeinnahmen von 700,00 bis 1.399,99 €

C) auf 12,00 € bei Bruttoeinnahmen von 1.400,00 bis 2.099,99 €

D) auf 14,00 € bei Bruttoeinnahmen von 2.100,00 bis 2.799,99 €.

Auszubildende zahlen 5,00 € monatlich.

² Bei Anspruch auf die Reduzierung ist die Höhe der monatlichen Einnahmen mit einem entsprechenden Beleg (z.B. Kopie der Gehaltsabrechnung, Elterngeldnachweis, etc.) in der Geschäftsstelle des Verbandes nachzuweisen. Der Beleg darf nicht älter als 3 Monate sein. Nach der ersten Beitragsfestsetzung muss der Nachweis mindestens einmal im Jahr, spätestens aber bei einer beitragswirksamen Änderung der Einnahmen erfolgen.

Verband medizinischer Fachberufe e.V. ■ Gesundheitscampus-Süd 33

■ 44801 Bochum ■ Gläubiger-Identifikationsnummer: DE42VMF00000478393

■ Mandatsreferenz (Mitgliedsnummer): wird separat mitgeteilt

EINZUGSERMÄCHTIGUNG / SEPA-BASISLASTSCHRIFT-MANDAT

Ich möchte bequem und bargeldlos den monatlichen Mitgliedsbeitrag gemäß aktueller Beitragsordnung bezahlen und ermächtige den Verband medizinischer Fachberufe e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann für die SEPA-Basislastschrift innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Zahlungsart: Wiederkehrende Zahlung

Kontoinhaber*in (Name, Vorname) _____

Straße Nr. _____

Postleitzahl Ort _____

Kreditinstitut _____

BIC _____ | _____

IBAN _____ | _____ | _____ | _____ | _____ | _____

Die erste Abbuchung erfolgt zum nächsten 15. des Monats. Danach gelten die u.a. Abbuchungstermine. Der bis zum nächsten Abbuchungstermin fällige Beitrag wird bei der 1. Abbuchung mit eingezogen. Zur Verbesserung des Verbraucherschutzes reichen wir die Lastschriften bis zu 6 Tage vor dem Abbuchungstermin bei der Bank ein. Bitte beachten Sie, dass Ihr Einkommensnachweis ggf. nicht berücksichtigt werden kann, wenn dieser nicht rechtzeitig bei uns eingeht. Bitte benachrichtigen Sie uns schriftlich, wenn sich Ihre Bankdaten ändern (Stand 03/2023).

Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

- monatlich (zum 15. des Monats)
- vierteljährlich (im Voraus zum 15.01., 15.04., 15.07., 15.10.)
- halbjährlich (im Voraus zum 15.01., 15.07.)
- jährlich (im Voraus zum 15.01., abz. 3 % Rabatt auf den Jahresbeitrag)

Ort, Datum _____ Unterschrift _____